

SPD

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

p/II/10

Hannover, 31. Januar 1947

Wir veröffentlichen hier einen Artikel Friedrich Stampfers, der kürzlich in der von ihm herausgegebenen "Neuen Volkszeitung" in New York erschienen ist und der uns wert erscheint, auch in Deutschland Verbreitung zu finden. Er ist hochaktuell, obwohl der Anlass, aus dem er geschrieben wurde, schon einige Zeit zurückliegt. Auch die Wahl der Überschriften entspricht der ersten Veröffentlichung. (Die Redaktion)

Schwarzhandel mit Ländern und Menschen:

Der Griff nach der Saar

Trotz "Atlantic-Charta": Annexionismus in Ost und West

von Friedrich Stampfer

Die Nachricht, dass Frankreich das Saargebiet durch eine Zollgrenze von Deutschland getrennt hat, muss in Berlin wie eine Bombe eingeschlagen haben. Man erfährt, dass General Clay gegen diesen Streich als eine einseitige, ohne Befragung des Berliner Viererrates unternommene Aktion protestiert hat. Am Tage darauf aber wurde eine Erklärung des Unterstaatssekretärs im State Department, Dean Acheson, veröffentlicht, die in der genau entgegengesetzten Richtung lief. Da hiess es, die Sache sei kürzlich auf einer Viererkonferenz in New York zur Sprache gebracht und es sei gegen die geplante Aktion - die von dem Vertreter Frankreichs als "eine Massnahme gegen den Schwarzhandel" dargestellt wurde - kein Einwand erhoben worden, worauf abermals General Clay: er habe nur daran Anstoss genommen, dass die Sache nicht in Berlin zur Sprache gebracht worden, wäre dies geschehen, so hätte er keinen Einwand erhoben. Militärisch nennt man das einen gedeckten Rückzug.

Der Ausgang dieses kurzen Schiessens entspricht den früher von Byrnes abgegebenen Erklärungen, aus denen hervorgeht, dass Amerika und England das Saargebiet in irgendeiner Form Frankreich zur wirtschaftlichen Ausbeutung überlassen wollen, wobei die damit zusammenhängenden politischen Fragen noch in der Schwebe gelassen sind. Eine Austreibung der Bevölkerung nach östlichem Muster ist offenbar schon deshalb nicht geplant, weil Frankreich Arbeiter braucht. Auf der anderen Seite ist noch unklar, ob Frankreich die Saarländer zu französischen Bürgern machen will, wodurch es die Stärke seiner deutschsprechenden Grenzbevölkerung um eine Million vermehren würde. Gefällige Zeitungskorrespondenten berichten schon, dass die Saarbevölkerung den Anschluss dringend wünsche, womit - wenn das stimmt - zu den "Speckdäcken" des Nordens ein schönes Gegenstück im Westen geliefert wäre. Als französischer Bürger -2-

liest man zwar nicht gut, aber immer noch besser denn als Untertan in der französischen Besatzungszone, wo man beinahe schon überhaupt nichts mehr zu essen bekommt. Selbst wenn sich eine Abstimmungsmehrheit zugunsten Frankreichs ergeben würde, wäre die Frage angebracht, ob eine unter solchen Umständen vollzogene Entscheidung als eine "freie und unbeflügelte" im Sinne einer ehrenhaften Demokratie betrachtet werden könnte.

Obgleich also die Aussichten für einen manipulierten Volksentscheid günstig sind wie noch nie, treibt man sich, wie es scheint, doch nicht, das geplante und so gut wie beschlossene Annexion ein plebiszitäres Häufchen anzuhängen. Materialisiert sich wohl noch, mit welcher erdrückenden Mehrheit sich die Saarländer damals, als Hitler am Ruder war, für das Verbleiben beim Reich entschieden, obwohl die beiden grossen Parteien des Landes, Zentrum und Sozialdemokratie, in schärfster Opposition zu Hitler standen und das Verbleiben des Saarlandes unter Völkerbundsregime als einzig möglichen Ausweg empfohlen hatten. Mit der Parole des Anschlusses an Frankreich hat man damals keinen saarländischen Hund vom Ofen gelockt, wahrscheinlich würde heute der Hunger einen grösseren Teil der Bevölkerung zu Frankreich treiben, aber doch noch lange nicht die Mehrheit.

In Deutschland selbst, oder dem, was von ihm übrig bleibt, wird man nicht viele Leute finden, die bereit sein werden, die Bestimmungen des kommenden Friedens, territoriale und andere, als ewig und unabänderlich anzunehmen. Selbst das Statut des Völkerbundes sah in seinem Artikel 19 vor, dass unanwendbar gewordene Vertragsbestimmungen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen abgeändert werden konnten. Binnen kurz oder lang wird es in Deutschland zur zwei politischen Strömungen geben: die eine, die Revisionen im Wege freundnachbarlicher Verhandlungen anstreben, und die andere, die auf einen Zusammenstoss des Ostens mit dem Westen und eine taktisch geschickte Stellungnahme Deutschlands in einem solchen Konflikt ihre Hoffnungen setzen wird. Werden die Friedensdikate so formuliert, dass sie alle Hoffnungen auf künftige Änderungen im Sinne eines echten Friedens vernichten, so wird damit die künftige Auseinandersetzung zwischen der friedlich-reformistischen Richtung und der machtpolitisch-nationalen im vornherein zugunsten der zweiten entschieden.

Unter solchen Umständen Bestimmungen zu diktieren, die das Verhältnis der beiden Völker zueinander dauernd vergiften, wäre ein Verbrechen an Weltfrieden und an der Menschheit. Ich weiss, dass die Narren und Dummköpfe aller Länder ein John- und Wabgescrei erheben, wenn jemand es wagt, den Namen Locarno in den Mund zu nehmen. Aber wenn es den Franzosen und den Deutschen wieder möglich und erlaubt sein wird, nachzudenken, werden sie beide bemerken, dass die Briand-Stressemann-Episode ihrer Geschichte für sie beide ehrenvoller und vorteilhafter war als die Cuno-Poincaré-Episode. Es gibt zwischen Deutschland und Frankreich grosse, unausgeschöpfte Möglichkeiten friedlicher, für beide Völker segensreicher Zusammenarbeit. Immer wieder sind sie von Militaristen und Nationalisten, Demagogengesindel schlimmster Art, vernichtet worden.

Nun ist wiederum für alle Leute, die im Prüben fischen wollen, grosse Zeit. Wäre das amerikanische Volk nicht auch noch von Kriegslidenschaft anverwirrt, so würde es seiner Regierung die Aufgabe zuweisen, den entfloßenen primitiven Raubininstinkten Zügel

anzulegen und einen Friedensvertrag zustande zu bringen, der zu einer künftigen europäischen Gemeinschaft, freier, gleichberechtigter Völker den Grund legt. Ein solcher Frieden darf kein starres Diktat sein, sondern er muss für künftige friedliche Verhandlungen von Regierung zu Regierung und von Volk zu Volk die Türen offenhalten. Der Tag wird kommen, an dem Franzosen und Deutsche trotz Mohn und Hass, ein neues Locarno suchen werden. Man soll in der Saar nicht den Weg zu ihm verbauen!

Nach der Spaltung der sozialistischen Partei Italiens

von G. Manksohoff

Bereits in der Periode der Neuorganisation der sozialistischen Partei Italiens nach dem Zusammenbruch der Diktatur Mussolinis machten sich mehrere Tendenzen bemerkbar, die sich zu dem folgenden heutigen Bild entwickelt haben. An der Spitze der sichtbaren Minderheit steht Pietro Nenni, der die Aktions Einheit mit der kommunistischen Partei bejaht - also das faktische Zusammengehen - und von dem man sagt, dass nur aussenpolitische Gründe ihn davon abhalten, für die Fusion mit der KP einzutreten.

Das Zentrum der Partei wird von Ignazio Silone, dem führenden Kommunisten und jetzt weltberühmten Schriftsteller geführt. Silone befürwortet ebenfalls die Aktions Einheit, lehnt jedoch, einer eindeutig demokratisch-humanistischen Tendenz hineigend, jede Verschmelzung mit der KP entschieden ab.

Die dritte Fraktion ist in sich in zwei Gruppen gespalten, von denen eine den Sohn des amordeten Matteotti zum Führer hat und die andere den Abgeordneten Saragat. Die Gruppe Matteotti nennt sich "autonom und linksrevolutionär" und lehnt jede Verbindung mit der kommunistischen Partei ab. Die Gruppe Saragat hat sich den Namen "sozialistische Kritik" zugelegt. Sie glaubt, dass es möglich sei, die Arbeiter- und Bauernschaft Italiens in einer sozialistisch und demokratischen Partei unter Ausschaltung jedes kommunistischen Einflusses zu organisieren.

Auf dem Parteitag in Florenz im Jahre 1946 schien es zunächst noch einmal zu gelingen, eine Synthese zu finden. Die Partei bekannte sich zur Notwendigkeit der Aktions Einheit mit der KP, sprach sich aber gegen die Parteiverschmelzung aus. Man hätte vielleicht die Spaltung vermeiden können, wenn es sich nur um rein doktrinaire Differenzen gehandelt hätte. In Wirklichkeit spielen aber genau so wie in Deutschland heute praktische Fragen der internationalen Politik auch in Italien bei allen Auseinandersetzungen eine wesentliche Rolle. Auch in Italien versucht die kommunistische Partei immer diejenige Politik zu machen, die in den Rahmen der sowjetrussischen Außenpolitik paßt. Das zeigte die Auseinandersetzung über den Triest-Komplex und die Ausserte sich in allen Fragen der Mittelmeerpolitik.

Es ist bezeichnend, dass die Spaltung der Partei in dem Augenblick zu einer Tatsache wurde, in dem Matteotti in einem durch Dokumente belegten Exposé dem Kongress die Methoden der kommunistischen Durchdringung der sozialistischen Partei aufzählte. Er wusste, dass infolge der in Prinzip von der sozialistischen Partei gebilligten Aktions Einheit Mitglieder der KP in die Partei eindringen, an internen Beratungen teilnehmen und sogar abstimmen konnten. Die weitere Duldung dieser Methoden müsse zu einer inneren Aushöhlung der sozialistischen Partei führen, zumal diese mit ihren demokratischen Traditionen der kommunistischen Rücksichtslosigkeit nicht gewachsen

spd/31. Januar 1947

gewachsen sei. Er drang aber nicht durch und zog sich darauf mit seiner Gruppe zurück. Ihm schlossen sich die Gruppe Saragat und einige Silone nahestehende Parlamentarier an. Die Zurückgebliebenen - ungefähr zwei Drittel der Kongressteilnehmer - setzten ihre Verhandlungen unter Führung von Pietro Nenni fort, während Matteotti und seine Freunde noch am gleichen Tag eine neue Partei gründeten, die "Italienische sozialistische Arbeiterpartei, Italienische Sektion der Arbeiter-Internationale".

Es ist schwer abzuschätzen, welche der beiden Parteien in der italienischen Öffentlichkeit den größeren Anklang finden wird. In einigen Wochen finden die Kommunalwahlen in Rom statt und erst an diesem Tage wird man sich ein begrenztes Urteil erlauben können.

Die Auswirkungen der italienischen Parteispaltung haben internationale Bedeutung, ganz abgesehen von der durch sie ausgelösten Regierungskrise. Jedenfalls wird die kommunistische Partei Italiens, mit weitgehender Unterstützung der Sowjetunion nunmehr den Versuch machen, mindestens einen Teil der sozialistischen Partei Italiens zu absorbieren, um damit die zukünftige Politik Italiens - vor allem im Mittelmeerraum - entscheidend beeinflussen zu können. Andererseits ist aber ebenso sicher, dass die Partei Matteottis und Saragats den Versuch einer klaren, auf die Grundsätze der internationalen sozialistischen Politik ausgerichteten Aktion einleiten muss, wenn sie sowohl national wie international politisch wirksam werden will. Das klare Bekenntnis dieser Partei zur alten Arbeiterinternationale lässt auf diese Absichten schließen.

Auf dem Kongress selbst haben sich die ausländischen Vertreter der Arbeiterinternationale vergeblich bemüht, die italienischen Sozialisten wieder zusammenzuführen. Der französische Delegierte gab im Zentralorgan der französischen sozialistischen Partei der Hoffnung Ausdruck, dass die augenblickliche Spaltung bald überwunden werde, und rief den sozialistischen Parteien der übrigen Länder, ihre freundschaftlichen Beziehungen mit den verschiedenen Strömungen innerhalb der italienischen Bruderpartei aufrecht zu erhalten, bis eines Tages die Wiedervereinigung vollzogen sein werde. (S/412/291/1/no)

Studenten in Hamburg

Rückblick und Wertung

A. Z. Auf der zweiten Studententagung in der britischen Zone, Ende Januar in Hamburg, standen neben sozialen und wirtschaftlichen Fragen, die den engeren studentischen Rahmen selten sprengten, eine Reihe interessanter Themen auf dem Programm: "Die heutige Situation in historisch-philosophischer Schau", "Das deutsche Universitätsleben vom Ausland gesehen", "Ausblick auf die geistige und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands", "Bedeutung, Sinn und Aufgaben der Universitäten in der Gegenwart", "Stellungnahme zu einer künftigen deutschen Staatsform" und "Gründung einer deutschen Studentenschaft". Rund 200 Studenten aus allen vier Zonen und aus Berlin, darunter rund 30 ausländische Delegierte, folgten mit wechselnder Aufmerksamkeit den Vorträgen. Die Beteiligung an den Diskussionen beschränkte sich - vor allem bei Fragen von allgemein politischem Charakter - auf den aktiveren Teil der akademischen Jugend, jedoch auch hier nicht ohne jede Dämpfung, die eine Folge der materiellen Not ist.

Der letzte Tag brachte bei zwei Stimmhaltungen den Beschluss, einen Koordinierungsausschuss zu bilden, der eine Allgemeine Deutsche Studentenschaft vorbereiten soll. Als letzter Punkt der Tagung wurde eine Entschliessung über eine künftige Deutsche Staatsform gefasst, die folgenden Wortlaut hat:

"Die Studenten erwarten, dass der derzeitige Schwäbezustand als bald durch ein geordnetes gesamtdeutsches Verfassungsleben ersetzt wird. Ein deutscher Gesamtstaat mit einer zentralen Regierung und einer eigenen direkten Volksvertretung ist eine notwendige Voraussetzung zur Schaffung geordneter Verhältnisse in Mitteleuropa.

Da die studierende Jugend später an entscheidender Stelle mitarbeiten will und wird, hat sie selbst das grösste Interesse daran, diesen Staat mitaufzubauen zu helfen. Ihre Einschaltung in die von politischen Parteien begonnenen Verfassungs-Gespräche ist daher eine selbstverständliche Forderung. Uns kann es nicht gleichgültig sein, welche Grundrechte für den Deutschen verfassungsmässig verankert werden, wie weit föderalistische Momente in dem neuen Staat zur Geltung kommen sollen, wie das Parlament gewählt wird, welche Stellung Staatsoberhaupt und Regierung einnehmen sollen, und wie eine Gewaltenteilung gesichert werden kann.

Alle diese Probleme sind bereits diskussionsreif. Es entspricht dem Willen des deutschen Studenten zur verantwortlichen Mitarbeit, sich heute schon das nötige Rüstzeug zu verschaffen. Der 2. Studententag der britischen Zone empfiehlt daher allen deutschen Universitäten und Hochschulen innerhalb ihres Vorlesungsrahmens und in ihren Universitätszeitungen Fragen einer künftigen deutschen Staatsform zu erörtern."

Der Eindruck einer allgemeinen Zurückhaltung der akademischen Jugend verblasste bei den gemeinsam mit den Ausländern eingenommenen Mahlzeiten und den übrigen geselligen Veranstaltungen. Ein lebhafter Gedankenaustausch mit sehr eingehenden Fragen von beiden Seiten wird als wichtiger Erfolg der Tagung zu buchen sein. Die ausländischen Delegierten - drei Engländer und 21 Schweizer, ein Däne und ein Schwede - brachten immer wieder zum Ausdruck, dass sie entweder eine falsche oder wenigstens eine unvollständige Vorstellung von der tatsächlichen Lage in Deutschland hatten. Der Schweizer Professor Donald Brinkmann sagte, dass noch wichtiger als der Abbau der materiellen Not für den deutschen Studenten die Überwindung der geistigen Isolierung sei, in der Deutschland in den letzten vierzehn Jahren gelebt habe. Zu dieser Überwindung müssten alle ehemals neutralen Staaten einen konkreten Beitrag leisten, sei es in Form von Bücherspenden, sei es in der Herstellung eines Kontaktes von Mensch zu Mensch. Die Möglichkeiten eines Studentenaustauschs wurden von beiden Seiten lebhaft erörtert.

Durch das erstmalige Zusammentreffen junger Menschen aus allen vier Zonen ergab sich ein interessantes Bild der geistigen Struktur eines geteilten Deutschland. Gar nicht zu übersehen war eine sich langsam herausbildende Zonengegnerschaft, die wohl politisch beeinflusst, aber nicht in jedem Falle politisch begründet war. Bei fast jeder Diskussion bezogen die Sprecher ihre Argumente nicht auf "Deutschland", sondern auf "unsere Zone". "Bei uns in Berlin" oder "bei uns in der Amerikanischen Zone" waren weniger als Ortsbezeichnungen zu verstehen als vielmehr eine Abgrenzung des eigenen, kleiner gewordenen Lebensbereiches, und seine

fast natürliche Verteidigung gegen andere Lebensbereiche. Die sich hier herausbildenden geistigen Zonen Grenzen sind symptomatisch für die Entwicklung, der Deutschland entgegensteht, und ein ernstes Gefahrenzeichen. Vielleicht erklärt sich aus dieser Erscheinung auch das Misstrauen, das ein grosser Teil der Studenten der Idee eines vereinten Europas entgegenbringt. (b/341/311/1/ne)

"Theater?"

Das gefährliche Wort fiel kürzlich in einer Unterhaltung zwischen Leuten, zwischen denen man es eigentlich nicht vermutet hätte. Es fiel im gleichen Sinne, in dem es, leider, vor 1933 so oft zur Kennzeichnung demokratischen-parlamentarischer Methoden von den Gegnern dieses Systems gebraucht wurde. Diesmal aber galt es einen anderen Thema; der Entnazifizierung.

Abstrakt war vor allem, dass niemand eine wirksame Entgegnung zur Hand hatte. Zu gross ist die beispiellose Verwirrung der Begriffe, das vollkommene Durcheinander in der praktischen Handhabung der Entnazifizierung schon in einer Zone (von den Unterschieden zwischen den Zonen ganz zu schweigen), die bedrückende und oft unbegreifliche Willkür, die Fülle der oft offenkundig widersinnigen Urteile. Das ist im Bereich der gehobenen Stellungen nicht anders als bei den kleinen Leuten, so dass wenigstens das bekannte Wort von den Grossen, die man laufen lässt, und den Kleinen, die man hängt, nicht ohne weiteres verallgemeinert werden kann. Aber das ist ein geringer Trost.

Es ist festzustellen, dass man sich von ursprünglichen Sinn des Ganzen geradezu hoffnungslos entfernt hat. Vernünftige Strafmässigung bei offenkundigen Verbrechen und Vergaben und die Heranziehung zur Wiedergutmachung, die Ausschaltung aus weiterer öffentlicher Wirksamkeit bei erwiesener Schuld und ähnliche klare Massnahmen hätte jedermann verstanden. Diese grosse Chance hat man ungenutzt gelassen. Heute finden sich selbst Experten in dem aust widersprechender, jeder einprägsamer Überzeugungskraft entbehrender Entnazifizierungsbestimmungen nicht mehr zurecht. Gleich einem undurchdringbaren Nebel liegen Unsicherheit, Misstrauen und die Gefahr, dass man persönlichen Revanchegedanken Raum gibt oder unter ihnen zu leiden hat, überall. Die Atmosphäre ist, gewiss nicht allein, aber zu einem guten Teil aus diesem Grunde, stickig und ganz ungeeignet zum Beginn eines neuen, unendlich schwierigen Werkes. Man schleppt sich mit all zu vielen nebensächlichen Gerümpel herum, man verschwändert Zeit und Arbeitskraft für Dinge, die dem gesunden Menschenverstand geradezu als Albernheiten erscheinen müssen.

Es erscheint als eines der dringendsten Erfordernisse, hier endlich übersichtliche Verhältnisse zu schaffen, Bestrafungen auf die wirklich notwendigen Fälle zu beschränken, dabei aber hart durchzugreifen. Das alles hat nach allgemein verständlichen Gesichtspunkten, mit dem Blick auf das Wesentliche und schnell zu geschehen. Es ist bedauerlich, dass solche Forderung nach einer anderthalbjährigen Entnazifizierungspraxis überhaupt noch erhoben werden muss. Solange man ihr nicht entspricht, wird man aus dem Labyrinth der Widersprüche und der Verstrickung in kleinste menschliche Leidenschaften nicht herauskommen. Die Bürde, die Deutschland zu tragen hat, ist viel zu gross, als dass es sich mit unzähligen kleinen und, wie uns scheint, oft vollkommen überflüssigen Lasten herumschleppt.

Die sozialistische Opposition in Bulgarien

Wie in allen anderen unter sowjetischem Einfluss stehenden Balkanländern hat es auch die Sozialistische Partei Bulgariens schwer, ihre Selbständigkeit zu behaupten und sich durch die Diktatur der kommunistischen Partei nicht unterkriegen zu lassen. Es gehört schon eine erhebliche Menge Mut dazu, Kritik an der bulgarischen Regierung zu üben, ohne sich um die Gefahr zu kümmern, als Verräter und Faschist gebrandmarkt zu werden. Der Führer der sozialistischen Opposition im bulgarischen Parlament Louitschew bewies dieser Tage erst wieder, dass er ungeachtet aller eventuellen Konsequenzen die Dinge beim richtigen Namen zu sagen wagt. In einer Debatte über die Innen- und Außenpolitik Bulgariens erklärte er, dass die Opposition 2 1/2 Millionen Stimmen auf sich vereinigte und nicht anderthalb Millionen, wie die "zersplitterte" Verwaltung behauptete. Louitschew forderte die Wiedereinrichtung eines Systems der Freiheit und Gesetzmäßigkeit und das Ende der Gewalttätigkeiten, denen sich die Regierung seit der Befreiung des Landes schuldig gemacht habe. Überall im Lande gebe es Konzentrationslager, in denen Tausende von Menschen gefangen gehalten werden, ohne zu wissen, um was es geht. Während der Wahlperiode seien 22 Mandatäre verübt worden. Zahlreiche Wahllisten seien gefälscht worden. Louitschew forderte schliesslich die Freilassung aller Antifaschisten und erwiderte auf die Bemerkung "Sie benehmen sich selbst wie ein Faschist" - "Faschisten sind nur diejenigen, die sich der faschistischen Gesetze und Methoden bedienen". Die offenen Worte des Sekretärs der bulgarischen sozialistischen Partei hinterliessen im ganzen Lande tiefen Eindruck. (m/311/B1e/1/he)

Studienbesuch in Deutschland

Eine Delegation des Internationalen Transportarbeiter-Verbandes verlässt Antwerpen am 3. Februar, um sich über die Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen der deutschen Dockarbeiter und Seeleute zu unterrichten. Die Delegation stellt unter der Führung des Generalsekretärs M. W. Oldenbreck und umfasst Vertreter aus England, Holland, Schweden, Dänemark und Belgien. (m/31e/311/1/he)

Theodor Dan gestorben

In New York, wo er sich 1940 niederliess, verstarb im Alter von 75 Jahren Theodor Dan, der Führer der russischen sozialdemokratischen Partei, der sogenannten "Menschewiken". Dan hatte sich 1903 von Lenin getrennt, als sich die russische sozialdemokratische Partei spaltete und wurde unter dem zaristischen Regime wiederholt verhaftet und nach Sibirien deportiert. 1922 von den Sowjets ausgewiesen, siedelte sich Theodor Dan in Berlin an, von wo er 1935 nach Paris emigrierte. Als die deutschen Truppen Frankreich besetzten, flüchtete Dan nach New York, wo ihn jetzt ein schweres Leiden hinweggerafft hat. Dan verfasste zahlreiche Bücher über die russische Revolution und nahm regen Anteil an der sozialistischen Arbeiter-Internationale. Kurz vor seinem Tode veröffentlichte Theodor Dan, der zu den Vorkämpfern des internationalen Sozialismus zählt, noch eine grossangelegte Studie der russischen Geschichte während des letzten Jahrhunderts. (m/B1e/311/1/he.)